

Hallische Zeitung

Infektionskrankheiten für die fünfjährige Perle oder deren Blau für Halle u. Magdeburg...

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wochentlich in erster Ausgabe...

vorm. im G. Schwesfche'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 47.

Halle, Sonntag, 24. Februar 1889.

181. Jahrgang.

Ihr ersten Ausgabe gehört: Das illustrierte Sonntagsblatt.

Bestellungen Hallische Zeitung

für den Monat März zum Preise von 1 Mark werden von der Expedition, den Zeitungsboten und Ausgabestellen, für Auswärts von sämtlichen Kaiserlichen Postanstalten und den Landbriefträgern angenommen.

Die Expedition.

Halle, 23. Februar.

Zur Geschichte der konservativen Partei.

(Vgl. Nr. 43, 2. Ausgabe.)

Die konservative Partei hat in dem Wahlauftritt an die Deutschen Konfessionen von 1876 sich über ihre Stellung zu den kirchlichen Fragen und insbesondere zu dem damals in höchster Blüthe stehenden sog. Kulturkampf in voller Klarheit ausgesprochen. Die Stellung, die sie in letzterer Beziehung damals eingenommen, bedarf keiner Rechtfertigung mehr; die weitere Entwicklung zu einer reichlicheren Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem protestantischen Staat und der Leitung der katholischen Kirche ist in der damals ausgesprochenen Richtung verlaufen, und die konservative Partei hat die Regierung auf allen diesen zum Eintracht und zum Frieden führenden Wegen getreulich unterstützt.

Der Hauptzweck jener Kundgebung, welcher „das religiöse Leben unseres Volkes und die Erhaltung und Wiederherstellung der christlichen und kirchlichen Einrichtungen, die seine Träger sind, als Grundbedingung jeder gesunden Entwicklung und für die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande“ erklärt, entsprang mit logischer Notwendigkeit aus einer politischen Auffassung, die Staat und Gesellschaft und deren Aufgaben aufstiftet in ihrer historischen Entwicklung, wie sie in einer tausendjährigen Geschichte sich auf der Grundlage christlicher Kultur und Gesittung gestaltet haben. Er ist fern von der Betonung eines einseitig konfessionellen Standpunktes; er weiß auf die Mächte hin, deren Hilfe unentbehrlich ist, wenn wir einer demokratischen Richtung Herr werden wollen, welche die historische erwachsenen Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung wie die christliche Religion und ihre Einrichtungen mit gleicher Energie bekämpft. Wir wissen nicht, daß jener Satz, der für eine konservative Auffassung selbstverständlich ist, auch in weiteren Kreisen, als denen der konservativen Partei, unter dem Eindruck der Entwicklung der Sozialdemokratie und der zunehmenden Verwilderung eines Theiles der alten politischen Demokratie mit dieser jetzt in wachsendem Maße als richtig anerkannt wird.

Die Fragen der inneren kirchlichen Entwicklung, der Gestaltung der evangelischen Kirchenverfassung in Preußen werden lebhaft erörtert, und daß dies vor allem in konservativen Kreisen geschieht — und wesentlich in denjenigen, die Herr E. v. Hartmann wahrscheinlich unter den „Alt-konservativen“ begriff — liegt in der Natur der Sache. Man nimmt es in diesen Kreisen eben erst mit der Behandlung der Fragen, die für die Erhaltung des religiösen Lebens unseres Volkes von Bedeutung sind, dessen Werth für die Gesamtentwicklung unseres Vaterlandes doch kein Denker übersehen kann. Vieles auf diesem Gebiet erstrebt wird selbst weit über den Kreis der konservativen Partei hinaus als richtig anerkannt, manches ist selbst noch innerhalb der konservativen Partei ungeklärt und streitig. Hier und da wird wohl Ungebuld laut und das Verlangen, Forderungen auf diesem Gebiet an die Spitze der politischen Partei-Arbeit zu stellen; aber unseres Wissens hat keine Aktion der konservativen Partei stattgefunden, weder im Reichstag noch im Landtag, welche über die naturgemäße Linie jenes programmatifchen Sinnes hinausgegangen wäre und Anlaß zu einer „Furcht vor Reaktion und Gewissenszwang“ gegeben hätte. Es kam doch auch Herr v. Hartmann nicht unbekannt sein, daß diese kirchliche Bewegung in konservativen Kreisen sich auf evangelischem Boden bewegt, daß sie vielfach gegen Rom, gegen die katolische Kirche mit einer Schärfe sich richtet, die manchem zu weit gehen mag, und er sollte sich fragen, daß die Behauptung einer „Gravitation nach der Seite der katolisch-kerklichen Partei“ doch schief und unbedeutend ist.

Es bliebe, wenn ja die Darstellung, als ob diejenigen Kreise der konservativen Partei, die man in besonderem Maße als „religiös-kirchliche Konfervative“ bezeichnen kann, nach dieser Richtung gravitieren, sich den Thatfachen gegenüber als haltlos erweist, nur übrig, daß Herr v. Hartmann unter jenen „Alt-konservativen“ etwa das spezifisch alt-preussische „Antikerthum“ versteht, Kreise, in denen es fernereigentlich auch an Beziehungen zu den aristokratischen Elementen im Centrum nicht fehlte. Für jeden, der die Verhältnisse wirklich kennt, ist es indessen klar, wie weit er davon irren würde. Herr v. Gerlach stand schon vor einer Reihe von Jahren in dieser Beziehung ziemlich allein, und seit der Zeit, in welcher die Politik des Centrum's es für gut fand, ein untrügliches Bündnis mit der Demokratie einzugehen, blühte die Bewegung gerade in alt-preussisch konservativen Kreisen, nach jener Richtung zu gravitieren, wenn sie vorhanden,

jezt gänzlich erloschen sein. Das Charakteristische gerade in diesen Kreisen ist die monarchische Gesinnung, die Bistadt für ein Herrscherhaus, dessen Geschick so untrennbar mit dem Reich und der Kaiserkrone verbunden sind, daß es geradezu als Beileidigung empfunden wird, mit Polen und Belfen, und gleich diesen als Anhängel des Centrum's bezeichnet zu werden.

Mag aber auch Herr Hartmann sich auf dieses oder jenes unbeachtete Wort in der Rede oder der Presse beziehen, in den Handlungen der Partei, in der in der Partei wirklich vorhandene Gesinnung findet er keinen Anhalt für ein Urtheil, welches sich lediglich auf die entstehenden Schilderungen gründet kann, die eine feindlich: Presse von der konservativen Partei entwirft.

Vermischte politische Mittheilungen.

Der Kaiser vor gestern bei der Rekrutenbesichtigung des 1. Garderegiments, s. Z. zugegen, besuchte dann das Regimentshaus, hörte im Potsdamer Stadtschloß mehrere Vorträge und begab sich um 2 Uhr nach der Offizierskassernen des Leib-Garde-Infanterie-Regiments. Abends traf der Monarch wieder in Berlin ein.

Zum Gedächtniß Kaiser Wilhelm's I. Wie verlautet, wird demnächst eine feierliche Verordnung erfolgen, wonach der 9. März d. J. als die erste Gedächtnißtag an das Ableben Kaiser Wilhelm's I. als nationaler Ruh- und Bettag gefeiert werden soll. Alle öffentlichen Vergnügens, Musik etc. hüten an jenem Tage zu unterbleiben und kirchliche Gottesdienste, sowie entsprechende Akte in den Schulen sollen stattfinden.

An dem gestern beim Reichskanzler stattgehobenen parlamentarischen Diner nahmen von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses Folgende:

- Der Präsident von Koller, die beiden Vizepräsidenten Hr. v. Seeren und v. Weide, sowie von der konservativen Fraktion die Abg. v. Liebermann, v. Rediger, Hoh, von Bechtel-Waldow, Sad, v. Wandelaar, v. Sell, Simon von Jastrow, Rostk, Graf Wilmanns-Straun, v. Dreben, Hr. von Gerlach, v. Reichensperger, v. Woytowicz, Hr. v. Schorlemer-Alt, v. Schönlank, Hr. v. Auen, Prinz v. Arenberg; von der national-liberalen Fraktion die Abg. v. Wittich, Franke, Dr. v. Gneist, Dr. Dreyer, Dr. Dinnmayer, Seyffardt, v. Ewerth, Dr. Emmerich, Dr. Sattler; von der freikonservativen Fraktion die Abg. Dr. Vopelius, Barth, Christophersen, Schmidt, von Deichmann, v. Liebenow, Graf v. Bunge, Dr. Gerlach, Hr. von Hebbel, Reichert und von der deutsch-freiwilhrigen Fraktion der Abg. Csapolina. — Außerdem wohnten dem Diner bei der Staatsminister Graf Herbert Wichmann, Graf und Geh. Rath Wilhelm Bismarck, sowie der Reichs-Verwaltungsrath Dr. von Steinberg und der Legationsrath von Schwarzkoppen.

Das Abgeordnetenhans beriebt gestern die Denkschrift über Maßregeln zur Abwehr von Ueberschwemmungsgefahren unter spezieller Berücksichtigung der sächsischen Gebirgsflüsse. Es entstand darüber eine sehr ausgedehnte Debatte von lebhaftem lediglichen Inhalt, an welcher sich die Abg. v. Schallala, Sombart, Halberstadt, Gethy, von Scheidebord, von Hebe, von Schorlemer-Alt u. a. beteiligten. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Ministers von Lucius, welcher darlegte, daß die bestehende Wehrgenossenschaft an sich wohl genügt sei, eine zweckmäßige Wasserbautechnik durchzuführen; auch die errichteten Genossenschaften hätten sich wohl bewährt; erforderlich seien aber größere Geldmittel. Eine Hinde in der Gefährdung lag da vorhanden, wo die Unterhaltung der Festungen den Abwehnen obliegt, weil diese häufig die Kräfte der verpflichteten übersteige. Es sei nun in Aussicht genommen, insbesonders zum Träger der Unterhaltungspflicht den Kreis zu machen; ob noch in dieser Session ein diesbezüglicher Gesetz werde vorgelegt werden können, lasse sich heute noch nicht bestimmen lassen. Die Denkschrift wurde an eine Kommission verwiesen und die weiteren Gegenstände der Tagesordnung alsdann auf heute verlag, dazu Theilung des Regierungs-Berichts Schlußwort.

Bundesrat. In der am 21. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats gab der Vorsitzende, Vizepräsident des Staatsministeriums v. Bötticher, zunächst aus Anlaß des am 15. d. M. erfolgten Ablebens des Großherzogs mecklenburgischen Großherzogs Adolf v. Mecklenburg eine allseitige Zustimmung dem Bedauern Ausdruck über den Verlust, welchen der Bundesrat durch diesen Todesfall erlitten hat. Den Gelegenheitsreden wegen Theilnahme des Reichsbankpräsidenten für 1889/90 und wegen Aufnahme einer Anleihe zum Zwecke der Verwaltungen des Reichsbereichs, der Marine und der Reichseisenbahnen wurde in der von Reichstag angenommenen Fassung die Zustimmung erteilt. Von der Ueberfahrt der Weichsel, des Reichsgerichts im Jahre 1888 und von den vorgeschlagenen Änderungen des Handelsrechts, sowie die Verleihung Kenntniß und Beschloß, der Barmer Baugesellschaft für Arbeiterwohnungen zu Bamern und in der der Gründung der Arbeiter-Aktion-Gesellschaft „Strobenow" Gesellschaft in Schlesien; die Ausgabe von auf Namen lautenden Aktien zum Nennwerthe von 300 bzw. 200 A. zu gestatten. Der Antrag wegen Ermittlung der landwirthschaftlichen Bodenbesitzung und des Centraertrages wurde dem Ausschuss für Handel und Verkehr zur Vorberathung überwiesen. Endlich wurde über die Berechnung des Ankerloths für mehrere Reichsteame, sowie über die Behandlung der aus den Schuldengebühren eingehenden wissenschaftlichen Sammlungen Beschluß gefaßt.

Der Nachtragetat betreffend die Artillerievermehrung wird bestimmt der nächsten Woche im Reichstag erörtert. Wie man hört, sind schon alle Beratungen getroffen, welche die Maßregel unmittelbar nach der Zustimmung des Reichstags zur Ausführung zu bringen. (S. auch unter „See und Marine“.)

Die Nachricht der „Wiener Correspondenz“ von Reizen des Grafen Walersee und Grafen Herbert Bismarck wird als erfunden bezeichnet.

Die Reichs-Barmarkapitalienkommission wird voraussichtlich Ende April oder Anfang Mai zu einer Sitzung zusammenzutreten. Die an die einzelnen Mitglieder vertheilten Arbeiten sind bis zum April einzuliefern, um den Beratungen des Ministers als Material zu dienen, in das das Ergebnis einer neuen Ausgabe der Barmarkapitalien in absehbarer Zeit zu erwarten sein dürfte.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Die Nachrichten, daß der Sultan von Marokko an Deutschland einen Gebietsheil zur Anlage eines Strohfabrikens abgetreten habe, sind aus der Luft gegriffen. Deutschland hat bei seiner geographischen Lage wenigstens den einen großen Vortheil vor den übrigen Mächten, daß es die einzige Centralmacht ist, keinerlei direkte Interessen an Mittelmeer oder am Euxin und Buxange besitzen hat, und daß es daher von Mittelmeerinteressen erst in zweiter Linie berührt wird, nämlich erst dann, wenn Lebensinteressen seiner verbündeten Fremde in Frage gestellt werden. Wir können deshalb mit Bestimmtheit erklären, daß alle jetzt oder später auftauchenden Gerüchte, wie das Eingangs erwähnte, jeder Begründung entbehren und nur als Tendenzstücke in die Welt gesetzt werden, um Mißtrauen zu säen.

In der am 21. Februar in Berlin abgehaltenen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller stand auch die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter auf der Tagesordnung. Einstimmig wurde der nachstehende Beschluß gefaßt:

„Mit Rücksicht auf die in erster Lesung gefaßten Beschlüsse der 6. Kommission des Reichstags erachtet die Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller jede weitere Vertheilung der Verantwortung über die Alters- und Invalidenversicherung als unzulässig und empfiehlt dringend, inbetreff etwaiger anderweitiger Vorschläge der Alters- und Invalidenversicherungen die Ergebnisse eines längeren Zeitraumes nach Einwirkung des Reichstags zu erwarten.“ — Im letzteren Artikel sich die Generalversammlung mit den in der Vorstandsitzung des Vereins vom 27. September 1888 gefaßten Beschlüssen einverstanden, insbesondere mit den Anträgen auf:

1. Eröffnung einer Reichsversicherungsanstalt.
2. Einführung des Unfallversicherungs für die Erhebung der Beiträge mit entsprechender Kapitalreserve.
3. Aufrechterhaltung des in Aussicht genommenen Reichsausschusses und dessen Ausdehnung auf die Verwaltungsstellen.
4. Gesetzlich gewährleistetes und erleichtertes Fortbestehen bereits vorhandener lebenslänglicher Invaliditäts- und Invaliditätsversicherungen.

Deutscher-Ungarn. Die „Post Correspondenz“ vertheilt die aus Budapest herüber gebrachte Entscheidung, durch welche das Protektorat über das Reich des Kronprinzen Rudolf II. der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie in Wort und That beibehalten werden soll. Die Entscheidung ist einseitig und dabei angeordnet, daß sich der Reichsoberhauptmann zu diesem Zwecke der Kronprinzessin-Witwe zur Verfügung zu stellen habe. — Das Telegraphische Bureau-Bureau, welches die Nachricht des „Post Correspondenz“ übertrug, ist die schiedliche für der vertheilten Brief-Expedition des Kardinal-Universitäts, in jeder Verbindung entzweigt.

Franke. Das neue Cabinet ist, was die Betreibungen auch sagen mögen, lebensfähig. Angeichts der verworrenen Lage war nicht leicht ein anderes zu finden. Die Hauptperson des Cabinets ist der Minister des Innern C. von Soltan, ein schlaues und energischer Mann, der in der Kammer großen Einfluß besitzt und als parlamentarischer Talents von seltener Schicklichkeit ist. — Carnot erklärte nach der Continuirung des Ministeriums Tirard, er betrachte daselbst als ein Verzichtungsministerium und wünsche daher, daß die möge jeder politischen Kampf beschränken, das vom vorigen Finanzminister Beugnot bereits vorgelegte Budget für 1890 genehmigen zu lassen, die Weltanschauung zu teilen und den Verwaltungsarbeiten zu befehlen. In diesen Sinne wird die ministerielle Erklärungen in der Kammer lauten. Sie wird hauptsächlich die Notwendigkeit betonen die republikanische Verfassung gegen alle Angriffe zu schützen. Für den bisher unbesetzten Posten des Ministers des Auswärtigen nennt man jetzt den ehemaligen Botschafter in Berlin, Baron Combar, den Botschafter in Madrid Cambot und den Gesandten in Lissabon Billoit. Kein Parlamentarier wollte diesen Posten annehmen. — Boulanger äußerte zu einem Berichterstatter des „Gaulois“: Zudem Carnot den Freiler beug, das Ministerium Tirard zu bilden, verweichte er sich selbst, er kann jetzt nur noch freiwillig das Gletze verlassen, wenn er vermeiden will, weggeworfen zu werden.

Aus An dem rothen Meere verläuft von einem Gefecht zwischen einem französischen Kriegsschiff und dem russischen Freibeuter, welche sich unter dem joganantischen „freien Kosaken“ Adsinow daselbst auf französischem Gebiet festgesetzt haben, allerdings wohl in der Absicht, von dort aus den Italienern Schwierigkeiten zu bereiten.

Der „Zeitung“ bestätigt die Nachricht von der Vertheilung des Reichs-Budgets durch den Minister des Auswärtigen, Gletze, vorher in Petersburg über die Beziehungen zwischen der russischen Regierung angelegt habe. Diefelbe habe darauf antwortet, daß bei dem Unternehmen Adsinow's durchaus nicht intercedirt sei. Gletze habe hierauf die Zeitung erwidert, Adsinow antwortete, sich den bestehenden Verträgen zu fügen, oder das unter französischer Oberhoheit stehende Gebiet zu räumen. Adsinow weigerte sich nicht allein, die Aufrechterhaltung zu leisten, sondern verlangte auch die russische Regierung auf und beschwerte, daß nicht zu haben, in Saanlo zu





